

# Landesrechnungshof ortet bei Landessteuern Handlungsbedarf

## Schmalhardt für Anpassung bzw. Neuregelung der Landesabgaben.

**LANDESABGABEN.** 10,32 Millionen Euro wurden vom Land Vorarlberg im Jahr 2008 durch Landesabgaben eingenommen, für das Jahr 2010 wurden knapp elf Millionen Euro veranschlagt. Die sieben Landesabgaben - Verwaltungsabgaben, Feuerschutzsteuer, Naturschutzabgabe, Kriegsofopferabgabe, Jagdabgabe, Bodensee- und

Binnenfischereibeitrag sowie Nebenansprüche - spielen damit im Landeshaushalt nur eine untergeordnete Rolle, wie Landesrechnungshof-Direktor Herbert Schmalhardt im Zuge seines diesbezüglichen Prüfberichts feststellt. Konkret: Nicht einmal ein Prozent des Budgets wird mittels Steuern unmittelbar vom Land eingezogen, das Gros wird über den Finanzausgleich mit dem Bund verhandelt. „Der diesbezügliche Spielraum, den der Bund den Ländern ein-

räumt, ist sehr gering“, betont Schmalhardt. Und trotzdem: Der Landesrechnungshof attestiert dem Land einen „sehr restriktiven Umgang“ mit Landesabgaben. Mit einer jährlichen Abgabenquote von 28 Euro pro Kopf liegt Vorarlberg im Bundesländervergleich im unteren Bereich.

### Handlungsbedarf bei Abgaben

Die höchsten Einnahmen aus Landesabgaben (4,29 Millionen Euro) erzielt das Land über die Verwaltungsabgaben. Diese werden über die Verleihung von Berechtigungen durch Behörden vorgeschrieben - „und haben somit den Charakter von Kostenersätzen“, erklärt Schmalhardt. Bei den Verwaltungsabgaben ortet der Landesrechnungshof-Direktor zugleich den größten Handlungsbedarf. Laut

„Der Spielraum, den der Bund den Ländern einräumt, ist gering.

**HERBERT SCHMALHARDT**



**Landesrechnungshof-Direktor Herber Schmalhardt: „Anpassungen größeren Ausmaßes werden im Wahljahr wohl schwierig.“**

FOTO: VN/HOFMEISTER

Schmalhardt wurden die Abgaben seit 2005 nicht mehr dem Index angepasst. „Hier müsste eine Anpassung in größerem Ausmaß stattfinden. Aber das wird wohl schwierig vor der Gemeindevwahl“, sagt er.

Auch die Kriegsofopferabgabe gehört laut Schmalhardt überdacht - zumal der Kreis der Anspruchsberechtigten immer kleiner werde. Waisen und Witwen miteinbezogen profitieren nur noch knapp über 1000 Personen von der Kriegsofopferabgabe. „60 Prozent des Ertrags kommen bereits heute der Behindertenhilfe zugute“, erklärt Schmalhardt.

Landtagspräsidentin Bernadette Mennel hält indes nichts von einer Ausweitung der Steuerhoheit für die Länder. „Ich stehe dem sehr skeptisch gegenüber“, betont sie. Vor allem strukturschwache Bundesländer würden dadurch benachteiligt. Berechtigt sei die Diskussion aber trotzdem, wie Schmalhardt entgegenhält. „Zumal die Länder danach trachten, möglichst viel auszugeben.“

**VN-FD**

**mehrwissen.vol.at**

**Prüfbericht Landesabgaben.** Der komplette Prüfbericht des Landesrechnungshofs zu den Landesabgaben.

## FPÖ für Kompetenzausweitung

**PRÜFUNGEN.** Die Vorarlberger Freiheitlichen fordern erneut eine deutliche Ausweitung der Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes. Konkret sollen auch Gemeinden unter 20.000 Einwohnern einer Kontrolle unterzogen werden, fordert Landtagsabgeordneter Daniel Allgäuer. Die ÖVP wolle durch die Verhinderung einer Prüfausweitung „lediglich ihre Macht in den Gemeinden sichern“. „Eine umfangreiche

Rechnungshofprüfung kann zweifelsohne Optimierungspotenziale aufzeigen und in weiterer Folge mithelfen, die immer schwieriger werdende Finanzsituation in den Kommunen zu entschärfen“, sagt Allgäuer. Die derzeitige Prüfung durch die Gemeindeaufsicht und die Bezirkshauptmannschaften greift laut FPÖ „viel zu kurz“, die Prüfung der Wirtschaftlichkeit habe keine Priorität.

**VN-FD**